

**Italienische Bank Monte dei Paschi wird vom Staat gerettet**

Nachdem die drittgrößte italienische Bank Monte dei Paschi im Juli beim Stresstest der Europäischen Zentralbank (EZB) den letzten Platz belegt hat und durchgefallen ist, verpflichtete die EZB die Bank dazu 27,7 Milliarden Euro an „faulen“ Krediten abzustößen. Diese Kredite kann die Bank aber voraussichtlich nur mit Verlusten verkaufen, hierfür habe die Bank bereits mit 10 Milliarden Euro vorgesorgt. Zusätzlich wurde der Bank noch aufgelegt, ihr Kapital um 5 Milliarden Euro zu erhöhen um das Risiko ausfallender Kredite zu minimieren. Als Zielvorgabe setzte die EZB eine Frist bis zum Jahresende.

Bereits Anfang Dezember war abzusehen, dass die Bank die Vorgabe nicht erfüllen kann, da die Bank um eine Verlängerung der Frist bis zum 20. Januar gebeten hat, diese jedoch abgelehnt wurde. Bis Mittwoch kamen von den geforderten fünf Milliarden Euro nur knapp zwei Milliarden Euro zusammen. Die Bank teilte mit, dass es für die restlichen drei Milliarden Euro kein Interesse von Ankeraktionären gegeben hätte. Eine Milliarde Euro wollte der Staatsfond von Katar mit Aktien zeichnen, doch sei dieser Plan nach dem Ergebnis des Referendums in Italien verworfen worden, wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtet.

Die Süddeutsche schreibt, dass die Regierung den Entschluss gefasst habe, die kriselnde Bank zu retten. Am Mittwoch habe sich die neue Regierung vom Parlament ermächtigen lassen, die Staatsschulden um maximal 20 Milliarden Euro zu erhöhen, damit der Bankensektor stabilisiert werden kann. Italiens Ministerpräsident Paolo Gentiloni gab in der Nacht auf Freitag bekannt, dass sich das Kabinett geeinigt und ein Dekret für den Rettungsplan verabschiedet habe. Diese Schritte seien nötig gewesen um „unermessliche Schäden“ für die Sparer abzuwenden, so der italienische Finanzminister Pier Carlo Padoan.

Damit die Regierung die Bank retten kann, benötigt sie zudem die Zustimmung der EU-Kommission. Der wirtschaftspolitische Sprecher des Europaparlaments der Grünen, Sven Giegold, sieht die Rettungspläne der italienischen Regierung als eine „Feuerprobe“ für die europäische Bankenunion. Der Tagesspiegel zitiert Giegold mit den Worten „Italiens Bankenrettung verstößt gegen die Regeln der europäischen Bankenunion. Die italienische Regierung setzt sich über die neuen Gesetze zum Schutz der Steuerzahler und des fairen Wettbewerbs hinweg“ und ferner würde die EU-Kommission einen „gefährlichen Präzedenzfall“ schaffen.

*Fortsetzung auf der nächsten Seite*

**Wochenrückblick**

*Das Wichtigste in Kürze:  
 19. Dezember bis 26. Dezember*

**Irland: Kompetenzüberschreitung der EU-Kommission?**

Montag, 19. Dezember - Irlands Regierung erklärte am Montag, dass die EU-Kommission ihrer Ansicht nach in die nationale Steuerhoheit Irlands eingemischt und dies nicht angemessen begründet habe. Im August erklärte die EU-Kommission den Steuerdeal Irlands mit Apple für nichtig und verpflichtete Irland zu einer Steuerrückforderung von 13 Milliarden Euro. Die Regierung weist den Vorwurf der Sonderbehandlung von Apple zurück und kritisiert die Gewinnbewertung der Apple Tochterunternehmen Apple Sales International und Apple Operations Europe, da die wichtigen Entscheidungen der Tochterunternehmen in den USA gefallen und die daraus resultierenden Gewinne nicht dem Tochterunternehmen anzurechnen seien, so die FAZ.

**Japans Notenbank hält Kurs**

Dienstag, 20. Dezember – Die japanische Notenbank (BoJ) setzt weiterhin ihren „lockeren“ geldpolitischen Kurs fort. BoJ-Chef Haruhiko Kuroda teilte am Dienstag mit, dass die Wirtschaft sich leicht erhole, doch das Inflationsziel von knapp zwei Prozent nicht in Sichtweite sei. Die Landeswährung Yen verliert seit den US-Wahlen deutlich an Wert gegenüber dem US-Dollar, doch sei der Verfall laut Kuroda derzeit kein Problem. Der schwächelnde Yen führt derzeit zu steigenden Exporten.

Lehrstuhl für Makroökonomik  
**MacroNews**  
51. Kalenderwoche

Seit Januar 2015 gelten die EU-Regeln zur Bankenrettung, die besagen, dass zunächst Aktionäre und Gläubiger haften müssen, bevor Steuergeld zugeschossen werden dürfe.

Nach Berichten der Süddeutschen neigt sich die Liquidität der Monte dei Paschi Bank dem Ende zu. So soll die Bank in etwa vier Monaten illiquide sein. Zuvor rechnete die Bank noch mit einer Liquidität von knapp 10 Monaten. Bereits im Juli 2013 empfahl der Internationale Währungsfond (IWF) der italienischen Regierung einen Einstieg des Staates bei der Monte dei Paschi Bank vorzubereiten, diese hätte jedoch auf eine Selbsthilfe der Banken gesetzt.

In Bezug zur italienischen Bankenrettung äußerte sich der Chef der Wirtschaftsweisen Christoph Schmidt am Samstag wie folgt: „Nicht die Steuerzahler, sondern die Gläubiger der Bank hätten zu ihrer Rettung beitragen müssen“. Abweichend zur oben genannten EU-Regeln sei die Situation bei der Monte dei Paschi ein Sonderfall, da sich die Gruppe der Gläubiger zum größten Teil aus Privatanlegern zusammensetzt. „Der italienische Staat hätte anschließend aus sozialpolitischen Anliegen heraus geschädigten Bürgern helfen können, auf diese Weise wären beide Aspekte sauber voneinander getrennt worden“, erklärte Schmidt der Rheinischen Post.

#### Hintergrund | Bankenkrise

[Süddeutsche: In Italien kehrt die Finanzkrise zurück](#)

#### US- Konjunkturdaten

Donnerstag, 22. Dezember - Das amerikanische Handelsministerium teilte am Donnerstag mit, dass das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal nochmals zugelegt habe. Aufs Jahr hochgerechnet stieg das Bruttoinlandsprodukt um 3,5 Prozent, nachdem es im Vorquartal bei einer Steigerung von 1,4 Prozent aufs Jahr hochgerechnet lag. Die Erwartung des Handelsministeriums, die von einer Steigerung um 3,2 Prozent ausgegangen sind, wurden somit übertroffen. Auch stiegen die privaten Konsumausgaben der Verbraucher um 0,2 Prozent im Vergleich zum Vormonat. Die privaten Konsumausgaben nehmen mit 70 Prozent den größten Anteil an der US-Wirtschaftskraft ein. Im November lag die Inflation bei 1,6 Prozent im Vergleich zum November 2015 und damit unterhalb der Zielmarke von knapp zwei Prozent, berichtet das Handelsblatt. Weiterhin strebt die Fed für 2017 drei weitere Zinserhöhungen an, als Konsequenz der politischen Agenda Trumps, die eine Ankurbelung der Wirtschaft an oberster Stelle vorsieht.

#### Zahl der Woche

**-4,6%**

hat die US-Industrie im November bei Bestellungen für langlebige Güter, im Vergleich zum Vormonat, eingebüßt.

Reuters